

## Fragebogen zur Eignungsprüfung

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1	<b>Zulassung Teilnahmeanträge</b>		
1.1	<b>Eignungs- und Teilnahmeantragsprüfung</b>		
1.1.1	<b>Allgemeine Angaben zur Bewerberstruktur</b>		
F 1.1.1.1	<b>Angabe zur Bewerberstruktur</b> Bitte geben Sie an, ob Sie am Verfahren als 1. Einzelbewerber oder 2. Bewerbungsgemeinschaft teilnehmen wollen. Bei fehlender Angabe wird von einer Teilnahme als Einzelbewerber ausgegangen. Eine nachträgliche Änderung auf eine Bewerbungsgemeinschaft ist nicht möglich.		
F 1.1.1.2	<b>Angaben zum Einzelbewerber oder dem bevollmächtigten Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft</b> Bitte geben Sie hier die nachfolgend geforderten Angaben als Einzelbewerber oder im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft die Angaben zum bevollmächtigten Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft an. Bitte verwenden Sie hierzu das bereitgestellte Template. Name des Unternehmens: Angaben zum Unternehmen Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Website: UmsatzsteuerID: DUNS-Nummer: Ansprechpartner Anrede: Vorname, Name: Funktion/Position: Telefon: Telefax: E-Mail: Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Falls zu einem abgefragten Inhalt keine Angabe gemacht werden kann (z.B. Fax, DUNS-Nummer), bitte folgende Angabe machen: - /-		
F 1.1.1.3	<b>Angaben zu weiteren Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft</b> Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft kopieren Sie bitte das nachfolgende Template für jeden weiteren Bewerber. Wenn Sie als Einzelbewerber am Verfahren teilnehmen wollen, geben Sie bitte "Entfällt" an. Angaben, die für jeden weiteren		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Bewerber der Bewerbergemeinschaft einzureichen sind: Name des Unternehmens: Angaben zum Unternehmen Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Website: UmsatzsteuerID: DUNS-Nummer: Ansprechpartner Anrede: Vorname, Name: Funktion/Position: Telefon: Telefax: E-Mail: Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Falls zu einem abgefragten Inhalt keine Angabe gemacht werden kann (z.B. Fax, DUNS-Nummer), bitte folgende Angabe machen: -/-		
F 1.1.1.4	<p><b>Angaben zur Eignungsleihe</b></p> <p>Bitte machen Sie hier Angaben zu den Unternehmen, auf das/die sich ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt ("Eignungsleihe", § 47 SektVO). Erklärungen des/der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, sind auf Anforderung des ausschreibenden Unternehmens vorzulegen. Unternehmen, auf die sich ein Einzelbewerber bzw. eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der geforderten Eignung stützen, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen (Je eignungsleihendem Unternehmen ist der Fragebogen zur Eignungsfragebogen_Teilnahmewettbewerb.pdf ausgefüllt mit "Allgemeinen Angaben des Bewerbers" und "Erklärungen" einzureichen). Bitte machen Sie die Angaben je eignungsleihendem Unternehmen wie folgt: Name des eignungsleihenden Unternehmens: Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Website: UmsatzsteuerID: DUNS-Nummer: Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen die Eignung leiht: Umfang der Eignungsleihe:</p>		
I 1.1.1.5	<p><b>Angaben zu Unterauftragnehmern</b></p> <p>Bitte geben Sie an, ob sie: 1. sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst erbringen; oder 2. Leistungen durch die Einbindung von Unterauftragnehmern zu erbringen. Wenn Sie Unterauftragnehmer einbinden wollen und diese bereits bekannt sind, machen Sie bitte Angaben zu allen</p>		


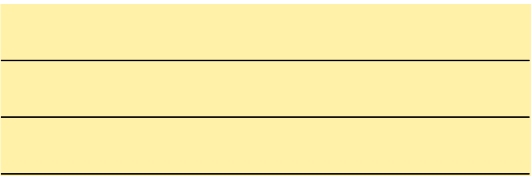
	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	bereits bekannten Unterauftragnehmern. Angaben je geplantem Unterauftragnehmer: Angaben zum Unternehmen Straße, Hausnummer: PLZ, Ort, Land: Website: UmsatzsteuerID: DUNS-Nummer: Falls zu einem abgefragten Inhalt keine Angabe gemacht werden kann (z.B. DUNS- Nummer), bitte folgende Angabe machen: - /-		
1.1.2	<b>Erklärungen</b>		
A 1.1.2.1	<p><b>Erklärung zu zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir erklären, dass KEINE Person unseres Unternehmens, die unserem Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremium angehört oder darin Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse hat, innerhalb der letzten 5 Jahre wegen Verstoßes gegen eine der folgenden Tatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist oder gegen das Unternehmen selber wegen dieser Tatbestände eine Geldbuße (in Deutschland § 30 OwiG) rechtskräftig festgesetzt wurde (entspricht in Deutschland dem Katalog des § 123 Abs. 1 GWB). 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der o.g, deutschen Bestimmungen stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Ferner erklären wir hiermit, dass unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachkommt (in Deutschland gemäß §123 Abs. 4 Nr. 1 GWB) und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt, bzw. dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen,</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. Bitte bestätigen Sie die Erklärung zu zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB mit "Ja", wenn Sie vorangehende Erklärung abgeben können, oder mit "Nein", wenn Sie vorangehende Erklärung nicht abgeben können. Falls Sie keine Erklärung im o.g. Sinne abgeben können, fügen Sie Ihrem Teilnahmeantrag bitte ein Anschreiben an, in dem Sie die Gründe hierfür benennen.		
A 1.1.2.2	<p><b>Erklärung zu fakultativen Ausschlussgründen nach §124 GWB (Ist Ausschlusskriterium)</b> Wir erklären hiermit, dass bezüglich unseres Unternehmens KEINE Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen. § 124 GWB lautet wie folgt: (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt. Bitte bestätigen Sie die Erklärung zufakultativen Ausschlussgründen nach §124 GWB mit "Ja", wenn Sie vorangehende Erklärung abgeben können, oder mit "Nein. Falls Sie keine Erklärung im o.g. Sinne abgeben</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	können, fügen Sie Ihrem Teilnahmeantrag bitte ein Anschreiben an, in dem Sie die Gründe hierfür benennen.		
A 1.1.2.3	<p><b>Erklärung zu Sanktionen</b> (Ist Ausschlusskriterium) Der Bewerber versichert, dass weder gegen ihn noch Mitglieder der Bewerbergemeinschaft noch gegen eine Konzerngesellschaft noch gegen eine Person, Organisation oder Einrichtung (POE), in dessen Eigentum oder unter dessen Kontrolle das Unternehmen oder eine Konzerngesellschaft steht, noch gegen einen gesetzlichen Vertreter Sanktionen der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, Kanadas oder Australiens verhängt wurden. Der Bewerber versichert, dass weder er noch eine Konzerngesellschaft noch ein gesetzlicher Vertreter in einem Land ansässig ist bzw. ihren/seinen Sitz hat, gegen das selbst oder gegen dessen Regierung Sanktionen durch die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, Kanada oder Australien verhängt wurden. Bitte bestätigen Sie vorstehende Erklärungen zu Sanktionen mit "Ja", wenn Sie vorangehende Erklärung abgeben können, oder mit "Nein", wenn Sie vorangehende Erklärung nicht abgeben können. Falls Sie keine Erklärung im o.g. Sinne abgeben können, fügen Sie Ihrem Teilnahmeantrag bitte ein Schreiben an, in dem Sie die Gründe hierfür benennen.</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
A 1.1.2.4	<p><b>Eigenerklärung zu weiteren Ausschlussgründen</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir erklären, dass kein Ausschlussgrund nach - § 21 SchwarzArbG (Ausschluss von öffentlichen Aufträgen) oder - §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG (Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge), - § 98 c AufenthG, - §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG infolge einer rechtskräftigen Verurteilung mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten, einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder infolge einer Belegung mit einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 EUR wegen illegaler Beschäftigung vorliegt. Dem Bewerber ist auch kein aktueller Verstoß und kein anstehender Bußgeldbescheid sowie aus den</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	zurückliegenden drei Jahren gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) im Hinblick auf genannten Vorschriften bekannt. Bitte bestätigen Sie die Erklärung zu Ausschlussgründen mit "Ja", wenn Sie vorangehende Erklärung abgeben können, oder mit "Nein". Falls Sie keine Erklärung im o.g. Sinne abgeben können, fügen Sie Ihrem Teilnahmeantrag bitte ein Anschreiben an, in dem Sie die Gründe hierfür benennen.		
A 1.1.2.5	<p><b>Eigenerklärung zur Information an den Auftraggeber bei geänderten Umständen bzgl. der Eigenerklärung</b> (Ist Ausschlusskriterium)</p> <p>Wir versichern hiermit, dass wir den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darüber informieren werden, falls sich die Eigenerklärung betreffenden Umstände nach Einreichung des Teilnahmeantrages oder nach Abgabe eines Angebots ändern sollten. Bitte bestätigen Sie diese Eigenerklärung mit "Ja" oder "Nein".</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>	
1.1.3	<p><b>Allgemeine Unternehmensangaben und Bewerbererklärungen</b></p>		
F 1.1.3.1	<p><b>Erforderliche Zulassungen, Registrierungen und aufsichtsrechtliche Anforderungen</b></p> <p>Der Bieter erklärt mit Abgabe des Teilnahmeantrags, dass er über sämtliche für die Ausübung seiner Geschäftstätigkeit erforderlichen behördlichen Zulassungen, Genehmigungen, Erlaubnisse und Registrierungen verfügt und alle hierfür geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt.</p> <p>Ferner erklärt der Bieter, dass er - soweit gesetzlich vorgeschrieben - ordnungsgemäß in die hierfür erforderlichen amtlichen Register, Berufsregister oder vergleichbaren Verzeichnisse eingetragen ist.</p> <p>Bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist diese Erklärung von jedem Mitglied gesondert abzugeben.</p> <p>Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung im Antwortfeld zu erbringen.</p>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
1.1.3.2	<b>Datenschutz</b>		
A 1.1.3.2.1	<b>Erklärung zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen</b> (Ist Ausschlusskriterium) Kann insbesondere bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten die Anwendung der einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen im Auftragsfall sichergestellt werden, insbesondere die Anforderungen hinsichtlich der Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO)? Bitte bestätigen Sie die Erklärung zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen mit "Ja", wenn Sie vorangehende Erklärung abgeben können, oder mit "Nein", wenn Sie vorangehende Erklärung nicht abgeben können und benennen Sie die Gründe hierfür.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
	<b>Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten</b> Wurde für Ihr Unternehmen ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter bestellt? Falls ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter bestellt wurde, antworten Sie bitte mit "Ja". Falls dies nicht der Fall ist, antworten Sie bitte mit "Nein" und geben Sie in einem gesonderten Anschreiben die Gründe hierfür an.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
A 1.1.3.2.3	<b>Verpflichtung der Beschäftigten auf Regelungen und Pflichten der DSGVO und/oder TKG</b> (Ist Ausschlusskriterium) Werden die Beschäftigten Ihres Unternehmens auf die Regelungen und Pflichten der DSGVO und/oder TKG verpflichtet? Falls ja, antworten Sie bitte mit "Ja". Falls dies nicht der Fall ist, antworten Sie bitte mit "Nein" und geben Sie die Gründe hierfür an.	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
1.1.4	<b>Wirtschaftliche und Finanzielle Leistungsfähigkeit</b>		
A 1.1.4.1	<b>Finanzkraft rating</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir bestätigen über ein Finanzkraft rating aus dem Jahr 2024 oder aktueller zu verfügen, dass mindestens einen Ratingcode A- (S&P) oder vergleichbar aufweist.		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<p>Der Auftraggeber behält sich den Nachweis über ein Finanzkraftrating vor.</p> <p>Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung im Antwortfeld zu erbringen.</p>		
A 1.1.4.2	<p><b>Insolvenz</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir bestätigen, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbar gesetzliches Verfahren eröffnet ist, keine Eröffnung beantragt und kein Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
A 1.1.4.3	<p><b>Liquidation</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir bestätigen, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.</p>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
<b>1.1.5</b>	<b>Technische Leistungsfähigkeit</b>		
A 1.1.5.1	<p><b>Referenzen</b> (Ist Ausschlusskriterium) Der Bewerber bestätigt, dass er für über 20 Kunden im Segment oberhalb eines Umsatzes in Höhe von EUR 1 Mrd. Cyber-Versicherungsschutz zur Verfügung stellt.</p> <p>Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung im Antwortfeld zu erbringen.</p>		
A 1.1.5.2	<p><b>Underwriting-Kapazität für die Grunddeckung</b> (Ist Ausschlusskriterium) Es wird eine Mindestzeichnungsquote von 100% vorausgesetzt. Diese entspricht einer Kapazität von EUR 25 Mio.</p> <p>Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung im Antwortfeld zu erbringen.</p>		
A 1.1.5.3	<p><b>Erfahrung als Führungsverversicherer</b> (Ist Ausschlusskriterium) Bestätigung, dass mindestens 3 Cyber-Versicherungsprogramme in den letzten 3 Jahren im Grundvertrag in Führung gezeichnet wurden.</p> <p>Der Nachweis ist in Form einer Eigenerklärung im Antwortfeld zu erbringen.</p>		
<b>1.1.6</b>	<b>Eigenerklärung zur personellen</b>		

	Bezeichnung	Antwort	Kriteriengewichtung
	<b>Ausstattung</b>		
A 1.1.6.1	<p><b>Niederlassungen in Deutschland</b> (Ist Ausschlusskriterium) Verfügt der Bieter über eine Niederlassung in Deutschland mit mind. 5 FTE in der Sparte Cyber (bspw. Aus den Bereichen Underwriting, Risk Engineering, Claims)</p> <p>Falls nein, Erläuterungen</p>		
A 1.1.7	<p><b>Unterschrift</b> (Ist Ausschlusskriterium) Wir versichern hiermit, dass bezüglich der von unserem Unternehmen geforderten Erklärungen und Nachweise keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien im Vergabeverfahren abgegeben wurden oder Auskünfte zurückgehalten wurden und sind uns bewusst, dass die Angabe falscher Erklärungen und Nachweise zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen kann. Bitte geben Sie hier den Namen der Person an, die die Erklärung rechtsverbindlich für das Unternehmen/die Bewerbungsgemeinschaft abgibt (Elektronische Unterzeichnung in Textform).</p>		